

Vertrauen in die Gasversorgung

Der Voranschlag der Gasversorgung sieht ein negatives Ergebnis vor. Der geplante Bau der Dampfleitung von der KVA Buchs nach Liechtenstein hat Auswirkungen auf die Entwicklungen des Gaslieferanten. Gefragt sind neue Strategien und Lösungen.

Von Desirée Franke-Vogt

Die einen machen sich weniger, die anderen mehr Sorgen um die liechtensteinische Gasversorgung. Der Betriebsvoranschlag weist einen Verlust von 328 100 Franken aus. Zwar wird geschätzt, dass rund 165 Neuan schlüsse im Jahr 2008 dazukommen und auch die Erdgasfahrzeuge zunehmen werden – aber ob das und der auf Gas als Treibstoff gelegte Fokus ausreicht, um auf dem bisher erfolgreichen Weg weiterzugehen, wird sich weisen.

«Kein einmaliger Effekt»

Dass die Zahlen dazu führen könnten, sich grundsätzliche Überlegungen über die Entwicklung der Gasversorgung anzustellen, darauf verwies auch der VU-Abgeordnete Jürgen Beck. Berücksichtige man allerdings die Abschreibungen in der Höhe von 3,9 Mio. Franken, müsse man sich wohl keine ernsthaften Sorgen machen.

Ganz anders sieht dies jedoch FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel. Zum ersten Mal werde ein Verlust ausgewiesen – «was ist geschehen?», fragte er sich und bedauerte, dass die seines Erachtens ernst zu nehmende Situation bzw. die Ursachen im Bericht nicht näher erläutert werden. «Hier geht es vielleicht nicht nur um einen einmaligen Effekt – es könnte sich auch um strukturelle Probleme handeln», so Büchel. Er verwies auf den geplanten Bau der Dampfleitung von der KVA Buchs zu liechtensteinischen Industriebetrieben «und ich weiss, dass dies zwangsläufig einen Rückgang beim Gasverbrauch mit sich zieht. Dieses Projekt hat Auswirkungen auf die Entwicklung der Gasversorgung.»



Macht sich Sorgen um die Gasversorgung: FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel verweist auf die negativen Auswirkungen des Dampfleitungsprojektes auf die LGV.

Dass die LGV den Fokus nun vermehrt im Bereich Gas als Treibstoff sehe, sei zu begrüssen, müsse wirtschaftlich aber vertretbar sein. «Es ist sicher nicht einfach, unter den gegebenen Rahmenbedingungen zu bestehen», so Büchel. «Aber ich habe Vertrauen in die Verantwortlichen der Gasversorgung und denke, dass Lösungen gefunden werden.»

Mit Dampf vorantreiben

Dass Regierung und Landtag ein Auge auf die Entwicklung der Gasversorgung haben müssen, davon ist auch Regierungschef-Stellvertreter und Wirtschaftsminister Klaus Tschüt-

scher überzeugt. «Wir haben die Verantwortlichen der Gasversorgung deshalb angeschrieben und sie gebeten, sich über künftige Strategien Gedanken zu machen.» Im Frühjahr soll dann ein Strategieworkshop stattfinden.

Bezüglich der geplanten Dampfleitung – ein privates Projekt zwischen den Industriebetrieben und der KVA Buchs – informierte Klaus Tschüt- scher über den aktuellen Stand. Von liechtensteinischer Seite sei nun die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) an die Hand genommen worden – auf schweizerischer Seite seien sämtliche Bewilligungen eingereicht.



Will einen Strategieworkshop lancieren: Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher weiss, dass sich die LGV über die Zukunft Gedanken machen muss. Bilder Daniel Schwendener

Nicht nur umwelttechnisch, sondern auch für die Gasversorgung sieht Tschüscher gerade in diesem Bereich eine grosse Chance, sich als Partner am Projekt zu beteiligen. «Hier werden sicherlich Verhandlungen geführt, und ich bin zuversichtlich, dass eine für alle Seiten akzeptable Lösung erzielt werden kann. Alle ziehen an einem Strick, damit das Projekt möglichst rasch realisiert werden kann.»

Gastankstelle im Unterland

Angesprochen wurde anlässlich der gestrigen Debatte auch das Projekt Biogas, das bis heute zum Bedauern aller noch nicht umgesetzt werden

konnte. Etwas hoch erschien den Abgeordneten auch der Investitionsbeitrag von 900 000 Franken für die Gastankstelle im Unterland. Nicht zuletzt deswegen, weil noch nicht feststeht, dass die neuen Transportmittel Erdgasbusse sein werden. Jürgen Beck ist jedoch davon überzeugt, dass diese Investition absolut notwendig ist, wenn die Gasversorgung zunehmend auf den Verkauf von Treibstoffen setzt – «was in meinen Augen richtig ist». Denn sei die Versorgung von Fahrzeugen nicht zu 100 Prozent gewährleistet, könnten auch keine Neukunden begeistert werden.

LRF-Verwaltungsrat bestätigt



Ungewohnt unspektakulär lief die Wahl für den Verwaltungsrat des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF) ab. Nach langwierigen Debatten über abgesetzte, wieder eingesetzte und zurückgetretene Mitglieder, die sich bis zum April dieses Jahres hingezogen hatten, waren sich die Parteien in der gestrigen Landtagssitzung einig. VU, FBP und Freie Liste schlugen für die vom Landtag zu bestellenden ordentlichen Mitglieder (Präsident, Vizepräsident, ein Mitglied) diejenigen Personen vor, welche die Positionen auch bisher bekleidet haben. Sie wurden, genau wie das neu zu bestellende Ersatzmitglied, von den Abgeordneten für die Periode vom 17. Dezember 2007 bis zum 16. Dezember 2011 in ihren Ämtern bestätigt:

- **Präsident:** Clemens Laternser (Vaduz); 24 Stimmen
- **Vizepräsident:** Samuel Ritter (Mauren); 25 Stimmen
- **Mitglied:** Robert Büchel-Thalmaier (Schellenberg); 22 Stimmen
- **Ersatzmitglied:** Diana Kind (Gampin-Bendern); 25 Stimmen (hb)

Landesspital ja – aber wie genau?

Dass Liechtenstein auch weiterhin über ein eigenes Krankenhaus verfügen muss, steht für Landtag und Regierung ausser Frage. Wie das Landesspital der Zukunft aussehen und welche Leistungen es anbieten soll, muss aber noch geklärt werden.

Von Heribert Beck

Im Septemberlandtag reichte die FBP eine Interpellation bezüglich der Zukunft des Landesspitals zuhänden der Regierung ein. Die Beantwortung liegt nun vor. Viel Konkretes konnte die Interpellation allerdings nicht zutage fördern, da sich der künftige medizinische Leistungskatalog noch in der Ausarbeitungsphase befindet.

Was geht über die Grundversorgung?

Sowohl Jürgen Beck (VU) als auch Peter Lampert (FBP) und Pepo Frick (FL) betonten in ihren Voten die Bedeutung eines Landesspitals in der Grundversorgung der Bevölkerung im Alltag wie auch in Krisenzeiten. Für alle drei ist auch klar, dass ein liechtensteinisches Landesspital in einen Verbund aus Vertragsspitälern eingebunden sein muss, um eine Versorgung über die Grundbedürfnisse hinaus zu gewährleisten. In beiden Punkten gingen sie mit den Ansichten

der Regierung konform, wie sie in der Interpellationsbeantwortung zum Ausdruck kommen.

Aus dieser Interpellationsbeantwortung geht auch hervor, dass sich ein Projektteam mit der Weiterentwicklung des Landesspitals und speziell mit der Ausarbeitung eines Leistungskatalogs befasst hat. Dieses Team hat Ende September seinen Schlussbericht präsentiert. Nun wird durch Experten weiter präzisiert, welche Leistungen das Spital künftig anbieten soll. Nach einer abschliessenden politischen Diskussion könne der Katalog dann verabschiedet werden.

Wann kommt er? Wer bestimmt ihn?

Dieser Leistungskatalog warf in der gestrigen Diskussion einiges an Fragen auf. Peter Lampert wollte von der Regierung wissen, wann der Leistungsauftrag definiert sein werde und mit welchen Leistungen sich das Landesspital auf dem Gesundheitsmarkt künftig über die Grundversorgung hinaus positionieren könnte. Jürgen Beck fragte, ob die Vertreter des Spitals auch in den künftigen Etappen in die Ausarbeitung eingebunden sind oder ob die Regierung schliesslich alleine über den definitiven Leistungsauftrag entscheide.

Der Abgeordnete Pepo Frick machte sich Gedanken über den 24-Stunden-Notfalldienst im Landesspital. Er

befürchtete eine Konkurrenzsituation zwischen den vom Krankenhaus angestellten und den niedergelassenen Ärzten und wollte wissen, ob die Schaffung weiterer Stellen geplant sei.

Letzteres liege nicht im Aufgabenbereich der Regierung, stellte Gesundheitsminister Martin Meyer klar. Einen 24-Stunden-Notfalldienst werde es zwar auch in Zukunft geben, dieser solle aber keine Konkurrenz zu den niedergelassenen Ärzten darstellen. Im Gegenteil arbeite die Ärztekammer derzeit zusammen mit dem Spital ein Konzept aus, wie die Notfallversorgung künftig gestaltet werden solle.

Klärung von weiteren Details nötig

Über den Inhalt des Leistungskatalogs fänden auch in der laufenden Überarbeitungsphase Gespräche zwischen der Regierung und der Leitung des Spitals statt, versicherte Gesundheitsminister Meyer.

Weiter führte er aus, dass vor der Verabschiedung des Leistungskatalogs noch einige inhaltliche Diskussionen und formalen Arbeiten nötig seien. Einerseits führe der Bericht des Projektteams zu inhaltlichen Verschiebungen im Umfang der Grundversorgung und auch im Team selbst habe in einzelnen Details nicht immer Einigkeit geherrscht. So gehe es bei-

spielsweise darum, ob psychiatrische und psychotherapeutische Behandlungen tatsächlich im Landesspital angeboten werden müssten oder nicht doch in einem Vertragsspital durchgeführt werden könnten. Seien solche Fragen einmal geklärt, gelte es ausserdem, die Verordnung zur medizinischen Grundversorgung anzupassen und Kriterien zur Kontrolle von Wirtschaftlichkeit und Qualität auszuarbeiten.

Umbau oder Neubau?

Insgesamt rechnet Meyer damit, dass der definitive Leistungsauftrag im ersten Quartal 2008 fertiggestellt ist. Dann könnten auch Aussagen darüber gemacht werden, in welchen Bereichen das Landesspital Leistungen anbiete, die zur wirtschaftlichen Wertschöpfung beitragen, indem sie über den Bereich der Grundversorgung hinausgehen.

Da die angebotenen Leistungen wesentlichen Einfluss auf das künftige Raumprogramm und die technischen Abläufe haben, sei es voraussichtlich ab dem zweiten Quartal möglich, eine Strategie zur Zukunft des Spitals auszuarbeiten. Eine Strategie, die dann auch die Frage beantworten kann, ob das Gebäude am jetzigen Standort um- und ausgebaut wird oder ob ein Neubau entstehen soll.